

Enttäuschung und Verdrossenheit umschlagen, wodurch die Demokratie langfristig einen großen legitimatorischen Schaden davontragen könne.

Höffe unterschlägt die strukturellen Probleme von Demokratien keineswegs. Diese Defizite führen jedoch nicht zu einer Überlegenheit von Autokratien und Nicht-Demokratien. Denn zum einen hätten diese Probleme anthropologische und ontologische Gründe, zum anderen resultierten sie aus den generellen Rahmenbedingungen der modernen Politik, wie der funktionalen Differenzierung, Vernetzung und Globalisierung, die auch für Nicht-Demokratien gelten würden. Demokratien gelten allerdings darüber hinaus durch ihre Fixierung auf den Wahlakt und das Angewiesensein der Machtinhaber auf Wählerstimmen als gegenwartsorientiert. Ein Großteil der Unzufriedenheit röhre aber daher, dass viele Errungenschaften der Demokratie den Bürgern selbstverständlich geworden seien und deshalb nicht mehr gesehen würden (311). Trotz aller Probleme erwiesen sich Demokratien immer noch in der Gesamtbilanz als reform- und lernfähig, und in dieser Gesamtbilanz müsse als ein entscheidender Aspekt in Rechnung gestellt werden, dass nur Demokratie bisher nachhaltig die Menschenrechte anerkannt und an der Entwicklung einer Weltrechtsordnung mitgewirkt haben.

Höffes Buch ist ein Versuch, die Relevanz philosophischer Reflexion über gesellschaftliche Probleme aufzuzeigen. Als Einstieg in das Thema der Zukunftsforschung erscheint es mir durchaus geeignet, und die Tatsache, dass das Buch über die Bundeszentrale für politische Bildung bezogen werden kann, zeigt, dass es sich an eine breite, wissenschaftlich nicht geschulte Leser-

schaft wendet. Ob es darüber hinaus auch den Dialog mit den Fachwissenschaften anregen kann, erscheint mir jedoch fraglich, da es in vielen Fragen zu allgemein bleibt und die Probleme nicht bis in die letzte Konsequenz durchdacht werden.

Jürgen Förster

Schneidereit, Nele. *Die Dialektik von Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe einer kritischen Sozialphilosophie*. Berlin. Akademie Verlag 2010. 258 Seiten. 59,80 €.

Nele Schneidereit verfolgt ein ambitioniertes Ziel und schaltet sich mit ihrem Buch in nichts weniger als die Grundbegriffsbildung der Politik- und Sozialwissenschaft ein: Die politische Gemeinschaft soll nicht politischen Rattenfängerinnen und Rattenfängern als bloße oder gar bösartige Parole überlassen werden und auch nicht den Ewiggestrigen als ein nur altägyptisch-romantisches Residuum. Vielmehr beabsichtigt sie die Plausibilisierung oder Rehabilitierung dieses belasteten Begriffs und möchte ihn sogar ins Zentrum einer kritischen politischen Philosophie rücken. Eines Begriffs, der immerhin in der fachlichen und der politischen Diskussion mit dem Nazigebrauch („Volksgemeinschaft“!) oder der ulbrichtschen „sozialistischen Menschen-Gemeinschaft“ assoziiert ist und der deshalb – auch zur allezeit erforderlichen ideologiekritischen Abwehr pseudogemeinschaftlicher Anmutungen – bittere Kritik in Wissenschaft und Publizistik auf sich gezogen hat. Zu diesem Zweck entstaubt sie im ersten Teil das von Ferdinand Tönnies in seinem Jugendwerk von 1887 entwickelte Gemeinschafts-und-Gesell-

schafts-Theorem am Leitfaden der „kleinen Logik“ (Enzyklopädie I) und der Rechtsphilosophie Hegels. Mit einer partiell durchaus kritischen Plessner-Lesart im zweiten Teil ihres Werks möchte sie wiederum die Reformulierung der Theorie der Gemeinschaft im obigen Sinne unterstützen, in der ein „Begriff des Individuums“ (231) sowohl in sozialwissenschaftlicher als auch in normativer Hinsicht seinen Platz haben soll. Das heißt, sie nimmt es, „mit Plessner die Tönniesche Begriffslogik“ von Gemeinschaft und Gesellschaft zu konkretisieren (31), was bei dem – als eine Art Gesellschaftsfreund geltenden – Autor des gemeinschaftskritischen Werks „Grenzen der Gemeinschaft“ von 1924 erst einmal überrascht und wofür die Autorin, wie sie gesteht, die Ansätze und Werke auch gegen den Strich bürstet. Was aber doch ganz legitim ist, sind Theorien doch unsere analytischen Denkwerkzeuge, nicht nur Selbstzweck der Tönnies- und Plessner-Philologie. Deren Stand wird jedoch nicht ausgespart, und die Autorin will sich hier gleichfalls verorten (33).

Solche politikphilosophischen Denkzüge im Ausgang von und mit Hegel, Tönnies und Plessner hat das Publikum zu erwarten – mit der entdramatisierenden Zugabe einer knappen Betrachtung der kommunaristischen Rawls-Kritik als einem Anwendungsbeispiel für das neue Grundbegriffswerkzeug. Um die Fundamente der Konzeptionen Tönnies' und Plessners in den Blick zu rücken und sie auch als wechselseitige Korrektive gebrauchen zu können, schließt sie sich derjenigen Strömung in der Tönniesforschung an (für die unter anderem Rudolf Heberle, Jendris Alwast, Per Otnes einstehen), die einer dialektischen Lesart des „Gemein-

schaft-und-Gesellschafts-Theorems“ zuneigt. Gemeinschaft *und* Gesellschaft werden hier nicht nur in diachroner Abfolge als aufeinander folgende Entwicklungsstufen aufgefasst, sondern auch synchron als antithetische Seiten ihrer Synthese konstruiert, die für das hinreichende Verständnis des sozialen Lebens beide *zugleich* erforderlich sind. So erhalte man „einen vollen Begriff sozialer Zusammenhänge [...] erst auf einer begriffslogischen Ebene, die Gemeinschaft und Gesellschaft als ihre Elemente *enthält* aber auch in ihrem Widerspruch *erhält*“ (71). Insofern sei ihr „Vermittlungszusammenhang“ auch theoretisch angelegt (128). Aufgrund der Analogisierung mit der Seinslogik fokussiert sie „Gemeinschaft“ „*in ihrer Entgegensetzung*“ zu „Gesellschaft“ (78) als „unmittelbares Sein“ (85). Für das Verständnis von Gemeinschaft sei nicht nur in methodischer Hinsicht Gesellschaft unentbehrlich (zwecks wissenschaftlicher Begriffsbildung: 84), sondern „die wesentliche Gemeinschaft ist nicht anders denkbar als durch kürzliche Wahl zwischen ihren möglichen Modifikationen weitergebildet“ (98). Damit es nicht zu rätselhaft wird, ein Hinweis: Tönnies' Willenslehre orientiert auf den subjektiven Faktor des sozialen und politischen Handelns. Wesenwille und Kürwille versteht er als die in den Sozialformen „Gemeinschaft“ und „Gesellschaft“ jeweils dominierenden handlungsermöglichen Willensdispositionen der Akteure, die dennoch, wie der im Mai 2010 verstorbene Lars Clausen unermüdlich betonte, von vornherein gemeinsam auftreten: *Unum et idem*. Die so explizierte Begriffslogik sucht die Autorin nunmehr durch den Bezug auf Plessners Transzentalanthropologie zu untermau-

ern. Hier findet sie einen Ansatzpunkt für das Verständnis der sozialen Dynamik im Inneren der Sozialform Gemeinschaft, von dem aus Akte kürwilliger Wahl inmitten der „Gemeinschaft“ denkbar seien. Sie stützt sich primär auf ihre Interpretation des Plessnerschen Hauptwerks „Die Stufen des Organischen und der Mensch“ von 1928. Aus der exzentrischen Positionalität des Menschen folge, dass „Handeln und sich Ausdrücken [...] einen sich selbst gleichbleibenden Sozialzusammenhang [verunmöglichen]“ (200). Will heißen: Die „Möglichkeit des Auch-anders-sein-Könnens“ (190) und der Kritik werden demgemäß als beruhend auf der Freiheit als Notwendigkeit der Entscheidung (198) sowie der „regelmäßigen Ablenkung“ „individueller Intentionen“ (198 ff.) durch die sozial gegebenen Ausdrucksformen einsichtig rekonstruiert. Konsequenzlogisch führt sie Plessnersche Grundannahmen in politischer Zusitzung weiter als dieser selbst und kontrastiert, durch Tönnies unterstützt, Plessners Theorie mit den sozialen Voraussetzungen sozialen und politischen Handelns, die mitreflektiert werden müssten. Woraus etwa ihre Kritik jedenfalls an der Verallgemeinerung bestimmter soziokultureller Dispositionen wie Distanz und Spiel (160, 207) sowie die Aufwertung der „politischen Gemeinschaft“ gegen ihre pejorative Verzeichnung bei Plessner (214 f.) folgen.

All das ist spannend, diskussionswürdig und sehr empfehlenswert. Als ein Stichwort für kommende Debatten bleibt die Überlegung, ob ein logisches Übergreifen von Gesellschaft auf Gemeinschaft unter anthropologischer Plausibilitätsbekräftigung durch Plessner *und* die Engfassung genuin gemeinschaftlicher Sozialbeziehungen als

wechselseitige Prägung der Subjekte (etwa 93, 100, 108, 122 ff., 147, 155, 175, 178 pp.) schon zureichende Bestimmungen sind. Denn Tönnies akzentuiert die komplexe innere Ausdifferenzierung des psychischen Interieurs der „Gemeinschaft“ und damit die mit einer Zunahme von Freiheitsgraden verbundene *eigenständige* Umbildung des Wesenwillens bis in die mentalen Gemeinschaften der Städte und des Geistes, die bereits selbstständige Handlungsdispositionen ermöglicht hätten. Und dieses Verständnis gemeinschaftlicher Rationalität könnte für eine dialektische Konzeption der politischen Gemeinschaft auch weiterhin wichtig sein – nämlich als die Selbstreflexion der Defizite des gesellschaftlichen Rationalitätstyps und in politischer Perspektive als dessen gesellschaftskritisches Korrektiv.

Bei der Lektüre eines theoretisch so anspruchsvollen und wichtigen Werks wäre übrigens ein denkendes Sach- und Begriffsverzeichnis hilfreich gewesen, obgleich Inhaltsverzeichnis und Zusammenfassungen die Leserinnen und Leser gut führen.

Carsten Schlüter-Knauer

Wagner, Andreas. *Recht – Macht – Öffentlichkeit. Elemente demokratischer Staatlichkeit bei Jürgen Habermas und Claude Lefort*. Stuttgart. Franz Steiner Verlag 2010. 178 Seiten. 34 €.

Das Ziel der Monographie von *Andreas Wagner* ist die Entwicklung einer „postphänomenologischen Diskurstheorie demokratischer Staatlichkeit“ (151), die an die Diskurstheorie von Jürgen Habermas anknüpft, im Rekurs auf die Arbeiten von Claude Lefort jedoch eine umfassendere und